

Die ungeliebte Republik – Die Erinnerung an die Novemberrevolution und die Weimarer Republik

Axel Schildt †

1. Einleitung

Mein Vortrag trägt den Titel »Die ungeliebte Republik«.¹ Das ist nicht sehr originell, benennt aber unabweisbar einen breiten öffentlichen Konsens, der über die Jahrzehnte hinweg reicht. Dass die Gründe der mangelnden Popularität der Weimarer Republik dabei sehr unterschiedliche bzw. sogar krass gegensätzliche waren, steigerte die Abneigung gegen die erste deutsche Demokratie sogar noch. Anders gesagt: Viele Anhänger und Gegner der Novemberrevolution waren sich einig in ihrer Ablehnung des Resultats dieser Revolution, einer Republik mit freien und gleichen Wahlen, einschließlich des Frauenwahlrechts, das in Deutschland zehn Jahre vor England eingeführt wurde, einer Republik mit einer demokratischen Verfassung und einem parlamentarischen System.²

Die Erinnerung in geschichtspolitischer Absicht, also der Absicht, mit dem Rekurs auf die Geschichte in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart ein wirksames Argument zu verwenden, verweist aber von Anfang an darauf, dass es primär nicht um historische Fakten, um die Suche nach Wahrheit geht, sondern um nützliche Konstruktionen für den Tageskampf. Insofern ändert sich die öffentliche Erinnerung an Weimar eher aufgrund der politischen Veränderungen in der Zeit, in der erinnert

1 Der Duktus des Originalvortrages mit der Sprecherperspektive in der ersten Person wurde beibehalten. Axel Schildt hat das Manuskript für diesen Vortrag den Herausgeber:innen vor dem 17. Oktober 2018, dem für den Vortrag angesetzten Termin noch übersenden können. Den Vortrag hielt stellvertretend Franklin Kopitzsch.

2 Zu einem Überblick der zeitgenössischen Literatur vgl. Rojahn, Jürgen: Die »Novemberrevolution im historischen Bewußtsein«, in: Dittmann, Wilhelm, *Erinnerungen*. Band 1. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt/New York 1995, S. 1–13. Vgl. dazu vertiefend Gallus, Alexander: »Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel«, in: ders. (Hg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 14–38. Zur »Liquidation des Deutschen Monarchie-Modells« vgl. Machtan, Lothar: *Der Untergang von Monarchie und Fürstentum*, in: ebd., S. 39–56. Vgl. Bollmeyer, Heiko: »Das ›Volk‹ in den Weimarer Verfassungsberatungen«, in: ebd., S. 57–83. Bollmeyer beschreibt den Wandel des einheitlichen »Volksbegriffs«, wie er im Kaiserreich verstanden wurde, für die ersten Jahre der Weimarer Republik.

wird, als aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Weimarer Republik. Allerdings gibt es durchaus ein dialektisches Verhältnis zwischen der allgemeinen öffentlichen Meinung und thematischen Konjunkturen und Tendenzen der geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung mit der Weimarer Republik.

In der Geschichtswissenschaft, die zwar auch nicht im legendären Elfenbeinturm, fernab der politischen Öffentlichkeit, beheimatet ist, sondern mit dieser über mediale Kanäle eng zusammenhängt, gibt es aber immerhin Kriterien wie das Vetorecht der Quellen, das plumpe Konstruktionen der Provenienz »Alternative Fakten« ausschließen soll, und diese Quellen müssen prinzipiell intersubjektiv nachprüfbar sein. Solche Schutzmechanismen gegen die willkürliche Transformation von Geschichte in Geschichtspolitik sind allerdings – bezogen auf die allgemeine öffentliche Meinung – mitunter nur von schwacher Wirkung.

Ich möchte in meinem Überblick über die Geschichte der Erinnerung an die Novemberrevolution und die Weimarer Republik die Zeit bis 1945 weniger umfangreich abhandeln als die Zeit seither. Man kann aber nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg anfangen, weil viele Stränge der Erinnerung, viele geschichtspolitische Tendenzen nicht zu verstehen wären, wenn man erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Darstellung beginnen würde. Dennoch: Die eigentliche Kernzeit der Erinnerung an Weimar sind die 1950er bis 1980er Jahre, also die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit in der Epoche des Kalten Krieges – schon deshalb, weil erst nach dem Zweiten Weltkrieg die historische Forschung über die Weimarer Republik einsetzte; diese vier Jahrzehnte werden deshalb im Mittelpunkt meines Vortrags stehen, wobei ich West- und Ostdeutschland einbeziehen möchte.

2. Erinnerungspolitiken in Weimar

Doch zunächst zum Herauswachsen der Erinnerung und der Geschichtspolitik aus der Weimarer Republik selbst. Es gibt ein entscheidendes Datum, an dem vor 1933 an die Republik erinnert werden konnte, das war das Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung (WRV), von 1921 bis 1932 ein Nationalfeiertag, der – und nun spreche ich im Konjunktiv – jeweils am 11. August hätte begangen werden können, vergleichbar unserem 3. Oktober.³

Es hätte einige Gründe zum Feiern gegeben: In den ersten freien und gleichen Wahlen – unter Einschluss der Frauen – zur Nationalversammlung im Januar 1919 hatte eine Mehrheit von zwei Dritteln für die demokratischen Parteien gestimmt. Die Verfassung mochte problematische Seiten gehabt haben, vor allem, weil sie sich nicht konsequent für den Primat des Parlamentarischen entscheiden konnte, sondern gleichzeitig eine Volkswahl des Präsidenten vorsah. Das brachte den unseligen rechtskonservativen Militaristen Hindenburg in sein Amt, der Hitler den Weg zur Macht freigab. Das muss man kritisieren. Aber weite Teile der Verfassung unterschieden sich nicht vom späteren Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik. Ich werde noch darauf zurückkommen.

3 Vgl. Koch, Jörg: »Verfassungstag«, in: ders., Dass Du nicht vergessest der Geschichte – Staatliche Gedenk- und Feiertage von 1871 bis heute, Darmstadt 2019.

Dass sich in der politischen Öffentlichkeit der 1920er Jahre bald der Begriff »Vernunftrepublikaner« durchsetzte, zeigt aber an, dass viele Anhänger der bürgerlichen Parteien die Weimarer Republik als kleineres Übel gegenüber dem politischen Chaos und einer drohenden Revolution nur bedingt unterstützten.⁴ Es gelang in der Weimarer Republik nicht einmal, den 11. August reichseinheitlich zum arbeitsfreien gesetzlichen Feiertag zu erklären. Er war es in Baden und Hessen, aber nicht in Bayern.

Abbildung 1: Verfassungsfeier auf den Stufen des Reichstags 1923. Von l. nach r.: Reichskanzler Wilhelm Cuno und Reichspräsident Friedrich Ebert



© https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Cuno#/media/File:Bundesarchiv_Bild_146-1973-076-58,_Reichskanzler_Cuno_und_Reichspr%C3%A4sident_Ebert.jpg – abgerufen am 2.1.2022

- 4 Vernunftrepublikaner »nannten sich viele, am prominentesten der Schriftsteller Thomas Mann, der liberale Politiker und Außenminister Gustav Stresemann und der Geschichtspräsident Friedrich Meinecke, der sich erst im Januar 1919 vom »Herzenmonarchist« zu einem »der Zukunft zugewandten« Unterstützer der Republik wandelte. [...] Der Staatsform der Republik und ihren Repräsentanten vermochte er sich nur mit dem Kopf anzunähern.« Vgl. Frevert, Ute: »Politische Bildung – mit Gefühl?« In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 13-14/2018), <https://www.bpb.de/apuz/266580/politische-bildung-mit-gefuehl?p=all>, abgerufen am 21.10.2021.

In den Universitäten, wo es eine klare politisch-ideologische Hegemonie rechts-konservativer und völkisch-rechtsextremer Kräfte gab, wurde die Verfassung fast überhaupt nicht gefeiert, wobei die ostentative Verweigerung durch den Termin im August – also mitten in der sommerlichen Semesterpause – erleichtert wurde. 1928 ist das einzige Jahr, in dem etwa an der Hamburger Universität, die als liberal galt, ausnahmsweise eine Verfassungsfeier stattfand.⁵

Nicht die neue Republik und die demokratische Verfassung wurden von den rechten Feinden der Republik, den alten Eliten und neuen Konservativen Revolutionären, den späteren Unterstützern der NS-Bewegung, gefeiert, sondern der Tag von Sedan am 2. September. Dieser nationalistische Feiertag des Kaiserreichs, bei dem mit nationalistischem Pomp der Sieg über Frankreich im deutsch-französischen Krieg 1870/71 gewürdigt wurde, war zwar im August 1919 offiziell abgeschafft worden, aber in den Universitäten wurde er bewusst gegen die Erinnerung an die demokratische Verfassung in Stellung gebracht.⁶

Es gab schon bald eine eindeutige antidemokratische Hegemonie im deutschen Bürgertum, bei den Funktionseleiten in der Wirtschaft, im Offizierscorps, in der Beamtenschaft, bei Richtern, Universitätsprofessoren und Gymnasiallehrern. Dort wählte man deutschnational oder die Nationalliberalen der DVP, die mit freiheitlicher Liberalität nichts zu tun hatten. Auch im katholischen Zentrum gab es viele, die die Demokratie von Weimar überwinden wollten; die Bayerische Volkspartei, die sich vom Zentrum abspaltete, ist kaum als Parteigängerin der Demokratie zu bezeichnen. Und auch der einflussreiche Anteilseigner der Parteizeitung *GERMANIA*, Franz von Papen, 1932 für einige Monate autoritär regierender Reichskanzler und dann Vizekanzler unter Hitler, war alles, nur kein Anhänger der Demokratie.

So wie die Feinde der Weimarer Demokratie von rechts die Symbole der Republik verachteten und gegen die schwarz-rot-goldene Fahne die kaiserlichen Farben schwarz-weiß-rot hissten, so galt auch den revolutionären Arbeitern die Weimarer Republik nicht als Errungenschaft, sondern als bürgerliche Diktatur, die aus einer gescheiterten bzw. von den reformistischen Führern der Sozialdemokratie verratenen Revolution entstanden war. Der Mord an den revolutionären Führern der gerade gegründeten Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, symbolisierte für die radikale Linke den Klassencharakter der Weimarer Republik und den Verrat der Sozialdemokratie. Seit 1919 zog jährlich am zweiten Januarwochenende ein Demonstrationzug unter roten Fahnen zum Grab dieser Märtyrer in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde.⁷

Über das Hassverhältnis zwischen SPD und KPD sind ganze Bibliotheken vollgeschrieben worden. Mir geht es hier nur darum, das Bild der von Anfang an ungeliebten

5 Vgl. Cassirer, Ernst: Die Idee der republikanischen Verfassung. Rede zur Verfassungsfeier am 11. August 1928. Hamburg (Erste Ausgabe), 1929. Wiederabgedruckt in: Cassirer, Ernst: Gesammelte Werke. Hamburger Ausgabe. Hg. Von Birgit Recki, Bd. 17: Aufsätze und kleine Schriften (1927-1931). Text und Anmerkungen bearb. von Tobias Berben, Hamburg 2004, S. 291-307.

6 Vgl. Schellack, Fritz: Nationalfeiertage in Deutschland 1871 bis 1945, Frankfurt a.M. u.a. 1990.

7 Vgl. Hoffmann, Joachim: Berlin-Friedrichsfelde. Ein deutscher Nationalfriedhof – Kulturhistorischer Reiseführer, Berlin: Das Neue Berlin, Berlin 2001.

Abbildung 2: Luxemburg-Liebknecht-Demonstrationen – Beisetzung von Rosa Luxemburg 13.6.1919



© Bundesarchiv, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Liebknecht-Luxemburg-Demonstration#/media/File:Bundesarchiv_Bild_146-1976-067-25A.

Republik zu vervollständigen, das aus einer Feindschaft von rechts und links erwuchs, die wiederum aber entgegengesetzte Gründe aufwies.⁸ Im Übrigen ist hinzuzufügen, dass auch in der Sozialdemokratie, vor allem unter den jüngeren Genossinnen und Genossen, nicht unbedingt eine prinzipielle Anhängerschaft zur bürgerlichen Demokratie vorlag, sondern diese als Durchgangsphase zu einem wie auch immer vage vorgestellten demokratischen Sozialismus fungieren sollte. Jungsozialisten skandierten: Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel! Aber immerhin, in den Jahren der Wirtschafts- und Staatskrise 1930 bis 1933 gab es auf der Linken zumindest noch Versuche einer Massenmobilisierung zur Verteidigung der Republik, während sich die übergroße Mehrheit der konservativen Kräfte des Bürgertums um eine Kooperation mit den Nationalsozialisten bemühte.⁹

Die wohl unversöhnlichste Feindschaft gegenüber der Weimarer Republik drückte die NSDAP aus. Auch hier war der Ausgangspunkt die Novemberrevolution, die im

8 »Die ungeliebte Republik« war eine »Republik ohne Republikaner«, und ihr fehlte die »intellektuelle Repräsentanz«. Vgl. Megerle, Klaus: Zum Stellenwert der Außenpolitik für die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Wiesbaden 2013, S. 219; Vgl. auch Michalka, Wolfgang/Niedhart, Gottfried (Hg.): Die ungeliebte Republik. Dokumentation zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918 – 1933, München 1980.

9 So die »Eiserne Front«, ein 1931 gegründeter Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Einklang mit Oswald Spengler und anderen Denkern einer konservativen Revolution als Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Frontsoldaten stigmatisiert wurde. Aber noch konsequenter als die Konservativen, die die psychologische Kriegsführung durch die Alliierten betonten, mit der die Massen aufgewiegelt worden seien, hatten die Nationalsozialisten vor allem die angeblich an der Spitze der Linken und Liberalen stehenden Juden für die Kriegsniederlage verantwortlich gemacht.

Die offizielle Sprachregelung für die Bezeichnung der Weimarer Republik in der Zeit des NS-Regimes lautete: »Systemzeit«.¹⁰ Und das »System« war das »System der Novemberverbrecher«. Die Novemberrevolution war damit ein Verbrechen, war Landes- und Hochverrat. Der Begriff des »Systems« war Ausdruck höchster Abneigung, weil damit sozusagen ein Vakuum zwischen zwei Phasen des Deutschen Reiches konstruiert wurde. Der Weimarer Republik wurde die Anerkennung als Staat verweigert, ähnlich wie es heute die Reichsbürger mit der »BRD« halten, die als Agentur fremder Mächte imaginiert wird. Zwischen dem Zweiten, dem Bismarck-Reich der Kaiserzeit, und dem Dritten Reich Adolf Hitlers herrschte das staatliche Vakuum der Systemzeit: eine Zeit der Schmach, in der das Reich durch den Verrat der Revolution vorübergehend in politisches Chaos, in die Demütigung durch den aufgezwungenen Versailler Vertrag und die Korruption der parlamentarischen Bonzen aus SPD und Gewerkschaften gezwungen worden sei, bevor Adolf Hitler die deutsche Würde habe wiederherstellen können.

Abbildung 3: Agitation gegen die Weimarer Republik, Wahlplakat der DNVP 1924



© Deutsches Historisches Museum, Berlin.

Diese haltlose Konstruktion galt im »Dritten Reich« als verbindliche Deutung der Weimarer Republik. Der brutale Terror gegen die politischen Gegner auf der Linken wurde 1933/34 durch eine Fülle von Korruptionsprozessen gegen Politiker der Weimarer

10 Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus. 2. durchges.u. überarb. Aufl., Berlin 2007, S. 599.

Republik 1933/34 propagandistisch begleitet. In Köln zum Beispiel sah sich der damalige Oberbürgermeister Konrad Adenauer mit der Parole konfrontiert: »Fort mit Adenauer! Schluss mit der schwarz-roten Korruptionsmehrheit!«¹¹

An dieser Stelle muss konstatiert werden, dass es den Nationalsozialisten nachhaltig gelungen ist, ihr Narrativ vom Weimarer System als Modell des Misserfolgs durchzusetzen und damit zu verbinden, dass die demokratische Verfassung und plurale Öffentlichkeit von Weimar selbst für das Scheitern verantwortlich zu machen seien.

Dieser Erfolg des NS-Narrativs verweist die Gesellschaftshistoriker auf die Frage nach materiellen sozialen Faktoren jenseits der Wirksamkeit von Ideologie bzw. auf die Umstände, durch die bestimmte geschichtspolitische Narrative ihre Wirksamkeit gewinnen konnten. Ich will nur den meines Erachtens entscheidenden Grund erwähnen: die generationellen Erfahrungen, die Verknüpfung der deutschen Geschichte über die politischen Regimezäsuren von 1918, 1933, 1945 bis 1989/90 hinweg mit den individuellen und den familiären Erfahrungen, die in unzähligen Erzählungen über die Generationen hinweg tradiert wurden. Zahlreiche Studien haben herausgearbeitet, dass die Kriegsniederlage des Ersten Weltkriegs, die revolutionären Nachkriegswirren, die Hyperinflation mit dem Verlust aller Ersparnisse und schließlich die Weltwirtschaftskrise mit existenzieller Not und politischer Bürgerkriegsatmosphäre für viele Menschen mit ihrer eigenen Berufs- und Lebenskrise verbunden war. Aufgewachsen in der prosperierenden Gesellschaft des Kaiserreichs, wurden Novemberrevolution und Weimarer Republik als krisenhafte Unterbrechung, berufliche Blockade und Gefährdung bürgerlicher Sekurität empfunden. Und zahlreiche Studien haben betont, dass es im wirtschaftlichen Aufstieg der NS-Zeit mannigfaltige Partizipationsmöglichkeiten und zahlreiche Chancen für berufliche Karrieren und sozialen Aufstieg gab. Das betraf nicht nur den SA-Schläger, der nun einen gesicherten Arbeitsplatz bei der Hamburger Hochbahn erhielt – das Beispiel ist nicht zufällig gewählt. Oder den Bankangestellten, der es zum Filialleiter brachte, weil sein jüdischer Chef entlassen worden war. Nein: Insgesamt verbesserten sich für viele die Lebensbedingungen, die hohe Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise verschwand im Zuge des Rüstungsbooms bis zum Kriegsausbruch nahezu vollständig.

Allerdings ist die materielle Besserstellung breiter Schichten der Bevölkerung historisch zu relativieren. Das Wohlstandsniveau des Jahres 1938 entsprach dem des Jahres 1928, also des letzten Jahres vor der Weltwirtschaftskrise in der Weimarer Republik. Und um den Bogen noch weiter zu ziehen: Dies entsprach dem Stand von 1914, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, und dem Stand von 1950, zum Beginn der Bundesrepublik. Die Zeitgenossen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten also eine Vorstellung davon, dass auf gute Zeiten schlechte Zeiten folgen würden – der wirtschaftliche Aufstieg in den Jahrzehnten nach 1950 lag außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Interessant ist aber, dass die Jahre der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik von 1924-1929 sich kaum in positiven Erinnerungen niedergeschlagen hat, während die posthume Popu-

11 Vgl. Schildt, Axel: »Bilder der Weimarer Republik. West- und ostdeutsche Rezeptionsgeschichte im Vergleich«. Bundeszentrale für politische Bildung online, 13.9.2018. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275867/weimar-rezeption>, abgerufen am 21.10.2021.

larität des NS-Regimes mit steigendem Abstand im ersten Jahrzehnt nach 1945 sogar noch zunahm.

Dass der wirtschaftliche Aufschwung in den sogenannten Friedensjahren des »Dritten Reiches« durch eine gigantische Staatsverschuldung erreicht worden war und allein der Vorbereitung eines Angriffskrieges diene – an volkswirtschaftlichen Kennziffern gemessen stand das Deutsche Reich 1939 unmittelbar vor dem Staatsbankrott – das wurde in der Bevölkerung kaum reflektiert. Und für viele Deutsche stellte sich die erste – siegreiche – Hälfte des Krieges als glückhafte Fortsetzung des sozialen Aufstiegs dar. Für Arbeiter in der Rüstungsindustrie oder Bauern, die nun Zwangsarbeiter befehligten, für Verwaltungsbeamte, die nun als kleine Könige in den besetzten Gebieten auftreten konnten, für Unternehmer, denen sich neue Märkte öffneten usw. Man wird den Faktor hoch gewichten müssen, dass es den Machthabern des NS-Regimes erfolgreich gelang, eine Volksgemeinschaft von Komplizen, von Nutznießern zu bilden, die materielle Vorteile genossen. Erst auf dieser materiellen Basis konnte die menschenfeindliche Ideologie des Nationalsozialismus nachhaltig wirken.

3. Die Revolution von 1918/19 und die Erinnerungspolitik nach 1945 in der Bundesrepublik und in der DDR

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Herabsetzung der Weimarer Republik vor allem für jene Bevölkerungsteile nahe, die ihr Engagement für die NS-Bewegung zu erklären hatten. Nicht selten wurde dieses, etwa in Entnazifizierungsverfahren, mit dem Protest gegen die katastrophalen Weimarer Zustände gerechtfertigt. Aber wie gesagt, der Grad materieller und zugleich moralischer Korruption der Gesellschaft wurzelte tiefer als die offensichtliche politische Nazifizierung.

Das anhaltend schlechte Image der ersten deutschen Demokratie ist nicht allein auf die Nachwirkungen der NS-Propaganda und die Rechtfertigungsnotwendigkeiten NS-belasteter Eliten zurückzuführen. Es entsprach zugleich den Lebenserfahrungen großer Teile der Bevölkerung. Und insofern verwundert es auf den zweiten Blick nicht, dass bei einer repräsentativen Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach (1951) nur sieben Prozent der Befragten die Weimarer Republik als die Zeit angaben, in der es Deutschland am besten gegangen sei.¹² 45 Prozent entschieden sich für das Kaiserreich und 40 Prozent für die Zeit von 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Umgekehrt wurde die Zeit der Weimarer Republik mit relativer Mehrheit als die Zeit bezeichnet, in der es Deutschland am schlechtesten gegangen sei. Solche Umfragen gab es in der DDR nicht, aber das schlechte Image der ersten deutschen Demokratie kann als gesamtdeutsche Grundlage gelten.

Die Weimarer Republik war in West- und Ostdeutschland bei der Bevölkerung gleichermaßen unpopulär. Auf dieser Basis entwickelten sich allerdings in der Bundesrepublik und in der DDR politisch entgegengesetzte Narrative von der Novemberrevolution und der Demokratie vor 1933. Man begreift die Schärfe dieser Gegensätze nur, wenn

12 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Neumann, Erich Peter: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach am Bodensee 1956, S. 126.

man sie in den Rahmen des Kalten Krieges einfügt, der die Geschichtspolitik in den Frontstaaten der Systemauseinandersetzung maßgeblich prägte.

In der frühen Bundesrepublik diente die Weimarer Republik als Negativfolie. Aus ihrem Scheitern sollten die Lehren für eine nun erfolgreiche zweite Demokratiegründung gezogen werden. Mit dem Titel eines großen Werks von Sebastian Ullrich kann in doppelter Hinsicht von einem »Weimar-Komplex« gesprochen werden.¹³ Es handelte sich zum einen um einen wichtigen Gegenstand von Diskursen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik, zum anderen transportierte Weimar geradezu psychoanalytisch zu interpretierende Erinnerungen.

In der DDR wurde das Scheitern der Weimarer Republik geschichtspolitisch als Bestätigung dafür angesehen, dass die Niederschlagung der Revolution von 1918 und die Aufrichtung einer kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der Weltwirtschaftskrise seit Ende der 1920er Jahre zwangsläufig zur »Machtübergabe« an Hitler, der Etablierung einer faschistischen Diktatur und schließlich zum Weltkrieg führen mussten. Die Republik von Weimar konnte in dieser Sicht nur eine »Republik auf Zeit« (Wolfgang Ruge) sein.¹⁴

Während in der Bundesrepublik die erste deutsche Republik sowohl in der allgemeinen Öffentlichkeit als auch unter Fachhistorikern als schwache und mit Strukturfehlern behaftete Demokratie ohne Demokraten erschien, war in der DDR die parlamentarische Demokratie, die lediglich als getarnte Diktatur der Bourgeoisie galt, selbst eine folgenreiche Fehlentwicklung der Geschichte. Ihren symbolischen Ausdruck fanden diese sich im zeitgenössischen Propaganda-Diskurs voneinander abgrenzenden Sichtweisen in der Erinnerung an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919, die ich bereits erwähnt hatte. Dass der Mord an den Gründern der KPD, für den hauptsächlich ein sozialdemokratisches Regierungsmitglied (Gustav Noske) politisch verantwortlich gewesen war, in einem westdeutschen bundesamtlichen Bulletin vom 8. Februar 1962 als »standrechtliche Erschießung« bezeichnet wurde, weil Deutschland nur so »vor dem Kommunismus gerettet werden konnte«, und dass der verantwortliche Offizier Waldemar Pabst als wohlhabender Waffenhändler bis zu seinem Tod 1970 in der Bundesrepublik lebte, passte nur zu gut in die ostdeutsche Geschichtspromaganda. Im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland seien die Lehren aus Weimar, so behauptete die SED, bereits durch die »antifaschistisch-demokratische« Umwälzung in der SBZ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden.¹⁵

Die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Weimarer Republik radikalisierten sich im Kalten Krieg zunehmend. Während in der Bundesrepublik die offiziöse Version dominierte, Nationalsozialisten und Kommunisten hätten als totalitäre Bewegungen einträchtig die Demokratie bekämpft (diese Geschichtspromaganda, unterlegt mit zwei-

13 Ullrich, Sebastian: Der Weimarer Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1949-1959 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 45), Göttingen 2009.

14 Vgl. Ruge, Wolfgang: Republik auf Zeit, Berlin 1969.

15 Die Zitate in: Schildt, Axel: »Bilder der Weimarer Republik. West- und ostdeutsche Rezeptionsgeschichte im Vergleich«, in: bpb, Dossier Weimarer Republik, 13.9.2018, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275867/weimar-rezeption>, abgerufen am 6.11.2021.

felhaften Einzelbeispielen wie dem BVG-Streik in Berlin 1932, hält sich bis heute auch in sozialdemokratischen Narrativen, dem Forschungsstand entsprechen sie nicht), betonte die Geschichtspolitik der DDR die enge Verbindung der kapitalistischen und bürgerlichen Eliten mit der NSDAP. In der verbindlichen Sprachregelung der marxistisch-leninistischen Geschichtspolitik war die Partei Hitlers lediglich eine Marionette besonders aggressiver Teile des Monopol- und Finanzkapitals. Zudem wurde die Sozialdemokratie kritisiert, weil sie eine Stütze der bürgerlichen Herrschaft gewesen sei und so Mitverantwortung für die Durchsetzung Hitlers trage. Schon die unterschiedliche Bezeichnung der Hitler-Partei als »nationalsozialistisch« in der Bundesrepublik und als »faschistisch« in der DDR illustriert die west-östlichen Gegensätze.

4. Zu den Lehren aus Weimar

Das Grundgesetz der Bundesrepublik, das 1948/49 im Parlamentarischen Rat ausgearbeitet wurde, gilt als prinzipieller Gegenentwurf zur Weimarer Reichsverfassung. Die in den Artikeln 1-19 GG vorangestellten und nicht durch Mehrheiten veränderbaren Grundrechte unterstrichen den normativen Wertgehalt gegenüber dem bloß »positivistischen« Charakter der WRV, die als bloßer Parteienkompromiss mit einem »Ermächtigungsgesetz« ausgesetzt werden konnte. Auch die staatliche Organisation – Demokratie, Republik, Bundesstaat, Sozialstaat – sollte Widersprüche wie in der WRV vermeiden, die als Strukturfehler angesehen wurden: Regierungen durften nicht mehr durch Negativkoalitionen abgesetzt werden können. Es bedurfte nun eines »konstruktiven Misstrauensvotums«. Die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten, der auf Basis des Notstandsparagraphen 48 der WRV Reichsregierungen einsetzen konnte, hatten sich unheilvoll ausgewirkt. Der Bundespräsident sollte nach der Architektur des Grundgesetzes, anders als der Weimarer Reichspräsident, nicht vom Volk gewählt werden, um zu vermeiden, dass eine gleich- oder sogar höherwertige präsidiale Legitimation neben dem Parlament entstehen könnte. Die Verhinderung häufiger Wahlen, der Zersplitterung und Verantwortungslosigkeit der Parteien ebenso wie die Aufstellung hoher Hürden für den Einzug in den Bundestag und für Volksabstimmungen galten als zentrale Lehren des Scheiterns der Weimarer Demokratie. Dahinter stand das allgemeine Bild der von dämonischen Demagogen der totalitären Bewegungen aufgepeitschten Masse, die schließlich Hitler an die Macht gebracht hätten. Dass dies ein – bewusst oder unbewusst benutztes – konservatives Entlastungsnarrativ zur Verdeckung der hauptsächlichen Verantwortung konservativer Eliten war und auch die Strukturdefizite der WRV einen geringeren Anteil an der Zerstörung der Weimarer Republik hatten als lange behauptet, gilt heute in der geschichtswissenschaftlichen Forschung als weithin geteilter Konsens.

Die vielzitierte Formel des Publizisten Fritz René Allemann »Bonn ist nicht Weimar« (1956) drückte die Erleichterung darüber aus, dass die zweite deutsche Demokratie im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin sich auf der Basis eines erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus politisch stabilisiert hatte.¹⁶ Wie nachhaltig sich das Narrativ der ge-

16 Vgl. Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956.

scheiterten Weimarer Republik allerdings etabliert hatte, wird bis heute in krisenhaft empfundenen Phasen immer wieder deutlich. Von der Gefahr der Wiederkehr »Weimarer Verhältnisse« als Inbegriff politischer und wirtschaftlicher Unordnung wurde während der kurzen Phase der Rezession 1966/67 gesprochen, und bis 1968 diente die angebliche Parteienzersplitterung der ersten deutschen Demokratie als Argument für den noch im Vertrag zur Großen Koalition vereinbarten Übergang zu einem Mehrheitswahlrecht.

Einige politische Ereignisse und Entwicklungen der Weimarer Republik wurden in der Bundesrepublik bereits seit der Mitte der 1950er Jahre als positive Tradition hervorgehoben. Dazu zählte etwa die Benennung der Bundeszentrale für Heimatdienst (seit 1964 Bundeszentrale für politische Bildung) in Anlehnung an die Vorläuferorganisation in den 1920er Jahren. Vor allem der Kult – einschließlich eines Kinofilms von 1956¹⁷ – um den angeblichen »Friedenskanzler« Gustav Stresemann passte gut zur Vermittlung der angestrebten deutsch-französischen Aussöhnung und europäischen Integration. Kritische Fragen zu seiner politischen Biographie wurden erst Jahrzehnte später gestellt.

Während in der Bundesrepublik die Weimarer Republik, wenn auch lange vornehmlich als Negativfolie, nachwirkte, spielte sie in der DDR als Tradition eine geringere Rolle. Lediglich die Geschichte der Kommunistischen Partei (KPD), in der die meisten Funktionäre der Staatspartei (SED), etwa Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, in führender Funktion tätig gewesen waren, bildete eine historische Erfahrungsbrücke, ansonsten begann die »Zeitgeschichte« definitorisch mit dem Sieg über den »Hitler-Faschismus« und der DDR.

5. Die Beurteilung der Novemberrevolution: Erstaunliche deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten

Der Kalte Krieg, in dem sich West- und Ostdeutschland quasi stellvertretend als Frontstaaten gegenüberstanden, führte zu einer erstaunlichen Gemeinsamkeit in der Charakterisierung des Scheiterns der Novemberrevolution als Fundament der Weimarer Republik. In den *Vierteljahresheften für Zeitgeschichte* erschien 1955 ein Aufsatz des Kieler Historikers Karl Dietrich Erdmann, der die dominante Interpretation vorgab: 1918/19 habe sich Deutschland in einer dramatischen Entscheidungssituation zwischen proletarischer Diktatur und parlamentarischer Republik befunden.¹⁸ Die verantwortlichen

17 Zu den Filmdaten vgl. https://www.filmportal.de/film/stresemann_9397bf35ec2d4803ab55fa084b0e27b5 – abgerufen am 3.1.2022.

18 Erdmann, Karl Dietrich: »Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jahrgang 3 (1955) Heft 1, S. 1-18; Matthias, Erich: *Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19*, Düsseldorf 1970; von Oertzen, Peter: *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*, Düsseldorf 1963. (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 25); Kluge, Ulrich: *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 14), Göttingen 1975.

Kräfte der Regierung, die Sozialdemokraten um Friedrich Ebert, hätten gar nicht anders gekonnt, als mit konservativen Kräften, vor allem dem kaiserlichen Offizierskorps, zu kooperieren. Diese Sicht der Dinge, die den mehrheitlich reformistischen Teil der Sozialdemokratie in das Lager der antibolschewistischen Ordnung integrierte, erfüllte eine wichtige geschichtspolitische Funktion in der Bundesrepublik.

Dem Szenario einer dramatischen Alternative wurde von Historikern der DDR, selbstverständlich mit spiegelbildlicher Wertung, zugestimmt. Denn dadurch erhöhte sich auch die Bedeutung der revolutionären Kräfte in der Weimarer Republik. Interne Debatten gab es in der DDR 1957/58 allerdings darüber, ob es sich bei der Novemberrevolution um eine proletarische Revolution oder um eine bürgerlich-demokratische Revolution gehandelt habe. Walter Ulbricht setzte die Formel durch, es sei letztere gewesen, durchgeführt allerdings in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden. Eine proletarische Revolution konnte es gemäß der marxistisch-leninistischen Doktrin nicht gewesen sein, denn diese wäre nicht ohne starke kommunistische Partei zu organisieren gewesen. Die KPD war aber erst am Jahreswechsel 1918/19 gegründet worden.

In der Bundesrepublik meldeten sich bereits in den 1960er Jahren kritische Stimmen gegen die These von der dramatischen Entscheidungssituation zu Wort. Zu nennen sind die Historiker Erich Matthias, Peter von Oertzen, Ulrich Kluge u.a., die auf die nicht vorhandene empirische Grundlage dieser These verwiesen. Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten sich in ihrer übergroßen Mehrheit als aus der Not geborene Ordnungsmacht und nicht als Gegner der parlamentarischen Demokratie erwiesen, während linksradikale und kommunistische Einflüsse gering geblieben waren. Insofern hätte es für die Mehrheitssozialdemokratie Chancen gegeben, eine auf die Räte gestützte soziale Demokratie zu etablieren, ein Zwang zur Kollaboration mit den republikfeindlichen alten Eliten habe nicht bestanden. Der kommunistische Einfluss in den 1920er Jahren wiederum sei aus der Enttäuschung breiter Schichten der Arbeiterschaft über die Politik der Sozialdemokratie entstanden.

Dieser Interpretationsrahmen, der sich nicht zufällig in den 1960er Jahren, im Vorfeld der Protestbewegung von 1968, entfaltete, wurde von den konservativen Historikern der Bundesrepublik wie von der geschichtspolitischen Propaganda der DDR als Illusion eines »reinen Rätegedankens« bzw. eines »dritten Weges« und als Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung im Gleichklang bekämpft. Im Fortgang seit den 1970er Jahren hielten die Historiker der DDR an ihrer Interpretation fest, während sich die Diskussion in der Bundesrepublik differenzierte. Zwar wurde nun die weitgehende Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den alten Eliten kritischer als zuvor betrachtet, aber auch die Chancen eines »dritten Weges« relativiert. Im Übrigen wurde die Novemberrevolution sowohl in der Geschichtspolitik als auch in den Forschungsinteressen der Geschichtswissenschaft immer weiter in den Hintergrund gedrängt und erst seit einigen Jahren als »vergessene Revolution« wiederentdeckt.¹⁹

19 Vgl. Gallus, Alexander: »Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel«, in: ders. (Hg.): *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 7–8, S. 14–38, insb. S. 37–38; zur Auseinandersetzung mit Weimar in der DDR und im Kalten Krieg ebd., S. 24–30; Winkler, Heinrich August: *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteil-*

6. Auflösung, Selbstpreisgabe oder Zerstörung: Das Ende der Weimarer Republik

Mehr noch als der Anfang der Weimarer Republik interessierte nach den Erfahrungen des NS-Regimes ihr Untergang. Ihr Scheitern beglaubigte zugleich den über alle politischen Lager hinweg weithin bestehenden Konsens, dass sie strukturell von Anfang dem Untergang geweiht gewesen sei. Dabei setzte eine empirische Forschung zur Endphase der Weimarer Republik erst ein Jahrzehnt nach Kriegsende ein. Zuvor dominierten die Memoiren politischer und militärischer Entscheidungsträger, in denen vor allem den Siegern des Ersten Weltkrieges und deren Diktat von Versailles eine hohe Bedeutung für den Aufstieg der NS-Bewegung zugemessen wurde. Nicht die Weimarer Republik, sondern die Präsidialkabinette ihrer Endphase 1930 bis 1933 (Heinrich Brüning, Franz von Papen, Kurt von Schleicher), die zum Abbau der parlamentarischen Demokratie beitrugen, galten in der Zeitzeugenliteratur häufig als positive Alternative zum Nationalsozialismus.²⁰

Erst Mitte der 1950er Jahre gelangten die von den alliierten Mächten beschlagnahmten staatlichen Unterlagen aus der Zeit der Weimarer Republik in die Archive der beiden deutschen Staaten und ermöglichten fundierte politikgeschichtliche Forschungen. Eine wegweisende geschichtswissenschaftliche Studie veröffentlichte der Historiker Karl Dietrich Bracher unter dem Titel »Die Auflösung der Weimarer Republik« (1955).²¹

Erstmals wurden auf breiter Quellengrundlage die politischen Konstellationen der Phase der Präsidialkabinette 1930–1933 dargestellt. Bracher betonte die politische Verantwortung der konservativen Politiker für die Durchsetzung Hitlers. Allerdings wurde sein theoretischer Deutungsrahmen eines Machtvakuum, in dem sich die demokratische Republik auflöste und das von der NS-Bewegung ausgenutzt werden konnte, von zwei Seiten kritisiert.

Konservative Interpreten wiesen der Sozialdemokratie, die 1930 die »Große Koalition« mit dem Zentrum, der DVP und der DDP im Streit um die Höhe der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verlassen hatten, eine hohe Verantwortung zu. Die Historiker

ten Deutschland (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 10), München 2002. Zur Übersicht vgl. Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, insb. die umfangreiche Bibliografie auf S. 672–771; Kolb, Eberhard/Schumann, Dirk: Die Weimarer Republik, München 2013; Peukert, Detlev J.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987; Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2008. Vgl. auch Büttner, Ursula: »Ausgeforscht? Die Weimarer Republik als Gegenstand historischer Forschung«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 18–20, 2018), <https://www.bp.b.de/apuz/268356/ausgeforscht-die-weimarer-republik-als-gegenstand-historischer-forschung>, abgerufen am 5.11. 2021.

20 Zur Auseinandersetzung mit dem »Scheitern« vgl. Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993. Vgl. Dreier, Horst/Waldhoff, Christian (Hg.): Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung, München 2018; di Fabio, Udo: Die Weimarer Verfassung: Aufbruch und Scheitern, München 2018.

21 Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 4). Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, Stuttgart 1955.

Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze sprachen in diesem Zusammenhang von der »Selbstpreisgabe einer Demokratie«. ²² Linksliberale Interpreten wie Kurt Sontheimer betonten dagegen eher das rechte »antidemokratische Denken in der Weimarer Republik«, so der Titel seines gewichtigen Werks von 1962, als verhängnisvolle Belastung ihrer politischen Kultur. ²³

In der DDR ging die Geschichtsforschung und -propaganda dagegen von einer zielbewussten »Zerstörung« der bürgerlichen Demokratie durch eine Allianz von bürgerlichen Eliten und der NS-Bewegung aus, wobei diese letztlich die Weisungen des Monopol- und Finanzkapitals ausführte. Angesichts der unabwiesbaren Quellen wurde auch in der westdeutschen Öffentlichkeit zumeist nicht die Mitverantwortung der wirtschaftlichen und bildungsbürgerlichen Eliten für die Machtergreifung Hitlers gelehnt, in der Regel aber mit dem Hinweis auf das Bedrohungsgefühl durch eine linke Revolution und soziale Abstiegsängste einfühlsam rechtfertigend erklärt.

In der Geschichtspolitik der DDR wurde eine solche Interpretation ebenso vehement abgelehnt wie konkurrierende marxistische Deutungen, die zwar die Verantwortung kapitalistischer Eliten nicht leugneten, aber der NS-Bewegung ein hohes Maß an Autonomie zumaßen. Solche Interpretationen basierten auf der Wiederentdeckung von dissidenten kommunistischen Theoretikern wie August Thalheimer oder Leo Trotzki, von Vertretern der sogenannten Kritischen Theorie und anderen unorthodoxen Linken, die in den Jahren der Studentenrevolte wiederentdeckt worden waren.

Letztlich aber standen sich bis zum Ende des Kalten Krieges – zumindest in der breiteren medialen Öffentlichkeit – zwei Bilder des Untergangs der Weimarer Republik gegenüber: In der Bundesrepublik wurde der Siegeszug der NSDAP vor dem Hintergrund der Staats- und Wirtschaftskrise betont, in der DDR war es das Monopol- und Finanzkapital, das die Krise zur Zerstörung der bürgerlichen Demokratie und zum Übergang in eine von ihr indirekt geleitete faschistische Diktatur ausnutzte, um die revolutionäre Arbeiterbewegung terroristisch auszuschalten. ²⁴

7. Die Entdeckung der Weimarer Republik als Gesellschaft und Kultur

Nach den in starkem Maße geschichtspolitisch geprägten Kontroversen um Anfang und Ende der ersten deutschen Demokratie entwickelte sich erst seit den 1970er Jahren ein breites Interesse für die Gesellschaft und Kultur der Weimarer Republik. Nahezu alle historischen Gesamtdarstellungen über diese Zeit erschienen in den 1980er und 1990er Jahren. Stärker beachtet wurde nun auch die mittlere Phase zwischen Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise. In Ost- und Westdeutschland wurden ihre kurze Dauer (1924-

22 Erdmann, Karl Dietrich/Schulze, Hagen (Hg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung Juni 1979, Düsseldorf 1980.

23 Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik – Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 1. München 1962, 4. Aufl. der Taschenbuchausgabe München 1994.

24 Vgl. Allemann (1956): Bonn ist nicht Weimar. Köln/Berlin 1956.

1929) und die nur scheinbare Stabilisierung von Staat und Gesellschaft betont. In der DDR galt sie explizit als »Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«.²⁵

Aber mit der Entdeckung der kurzen mittleren Jahre der Weimarer Republik verband sich einerseits ihre Einbettung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und andererseits ihre Anerkennung als ein bedeutsamer Abschnitt dieser Geschichte, der nicht als bloße Zwischenphase zwischen Kaiserreich und »Drittem Reich« fungierte. Die Weimarer Republik wurde nun als Höhepunkt und zugleich als Krise einer »klassischen Moderne« (Detlef Peukert) profiliert, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte.²⁶

Aufmerksamkeit fanden jetzt auch die sozialpolitischen Leistungen der 1920er Jahre, etwa das Gesetz zur »Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung« von 1927 oder der Massenwohnungsbau unter der Ägide des Neuen Bauens mit seinen Innovationen wie der nach ergonomischen Kriterien konzipierten Arbeitsküche zur Erleichterung der Hausarbeit.

Im Mittelpunkt des neuen Weimar-Bildes standen die Ansätze einer Konsummoderne und die Phänomene einer urbanen »Massenkultur«: der »Unterhaltungsrundfunk« (seit 1923); der Kinofilm, der 1930/31 zum Tonfilm wurde; Illustrierte mit hoher Auflage; die weibliche Mode mit Hängekleid und »Bubikopf«; Shimmy, Charleston und Tango als neue Tänze; die Ausbreitung des Sports. Von der anhaltenden Faszination zeugen viele heutige Filmproduktionen, zuletzt die TV-Krimiserie Babylon, für die 45 Mio. € Produktionskosten anfielen. Neben der »Massenkultur« bestimmte nun auch die Blüte der Bildenden Kunst, Musik und Belletristik das Bild der »Weimar Culture« – ein Begriff, der bereits im Exil während der NS-Zeit geprägt worden war.²⁷ Schon im Vorfeld der Protestbewegung von 1968 waren die unabhängigen marxistischen Theoretiker der Weimarer Zeit wiederentdeckt worden. Zwei Jahrzehnte später wurde der intellektuelle Reichtum der 1920er Jahre auch als Teil einer deutsch-jüdischen Tradition betrachtet, der 1933 unwiederbringlich zerstört und aus Deutschland vertrieben worden war. Weimar wurde nun auch zu einem kulturellen Sehnsuchtsraum.²⁸

Aus dem Bild einer angesichts der Rahmenbedingungen und politischen Strukturfehler von vornherein zum Scheitern verurteilten Demokratie wurde aber nicht nur eine historische Phase unabgeholter Möglichkeiten, sondern zugleich auch extremer Widersprüche. Diese sah man nicht mehr wie im Kalten Krieg vor allem im Streit um geschichtspolitische Konstruktionen, etwa jener eines Kampfes zwischen wenigen Demokraten und ihren totalitären Feinden von links und rechts – so die westdeutsche Sicht – oder eines Kampfes der Klassen, so die marxistisch-leninistische Doktrin.²⁹

25 Als »Phase der relativen Stabilisierung« gelten die Jahre zwischen 1924 und 1929. Vgl. Sturm, Reinhard: »Zwischen Festigung und Gefährdung 1924-1929«, in: bpb, Dossier: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, 23.10.2011, <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39534/zwischen-festigung-und-gefaehrung-1924-1929>, abgerufen am 6.11.2021.

26 Vgl. Peukert, Detlef: Die Weimarer Republik: Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987.

27 Vgl. Gay, Peter: Weimar Culture. The Outsider as Insider, New York/London[1968] 2001.

28 Vgl. Brenner, Michael: Jüdische Kultur in der Weimarer Republik, München 2016 (2. Aufl.).

29 Vgl. Gallus, Alexander/Schildt, Axel (Hg.): Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930. Hamburg (=Hamburger Bei-

Vielmehr zeigte das neue Bild von Weimar, das sich am Ende des Kalten Krieges und der deutsch-deutschen Zweistaatlichkeit ausbreitete, die Janusköpfigkeit einer Zeit, in der urbane Lebensstile und konservative Heimattümelei nebeneinander und gegeneinander bestanden. Gleichzeitig erlebten humanistische Ideen und sozialistische Visionen einer friedlichen Zukunft ebenso eine Blüte wie auf der anderen Seite völkischer Rassismus und Antisemitismus. Diese Widersprüchlichkeit könnte bewirkt haben, dass das Interesse an der Geschichte der ersten deutschen Demokratie in den vergangenen Jahren wieder gestiegen ist.

Innerhalb der Geschichtswissenschaft gilt die Zeit der Weimarer Republik mittlerweile als ausgeforscht, ihr Bild hat sich in den vergangenen Jahrzehnten differenziert und pluralisiert. Allerdings wird das ursprüngliche schlechte Image damit nicht einfach abgelöst, sondern nur partiell überdeckt. Mochte die Rede von den »Weimarer Verhältnissen« in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch Lebenserfahrungen der Zeitzeugen transportieren, so führt sie im kulturellen Gedächtnis der Deutschen mittlerweile ein Eigenleben. Aktuell ist das Reden über die schleichende Renaissance »Weimarer Verhältnisse« eine Chiffre für das Alarmzeichen, dass unsere demokratische politische Kultur gefährdet sein könnte.³⁰

Welche politischen Ideen und Begriffe aus der Zeit der Weimarer Republik in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen jeweils aufgegriffen wurden – und werden –, daran kann man Tendenzen der Ideenlandschaft der Bundesrepublik nämlich recht gut ablesen. Das gilt für den kitschigen Stresemann-Kult der 1950er Jahre ebenso wie für die Entdeckung der Rätebewegung und radikaler linker Ideen durch die Protestbewegung um 1968.³¹

Insofern beunruhigt es, wenn gut finanzierte Ideologen im Umkreis von AfD und Pegida, wie etwa der Geschichtslehrer Karlheinz Weißmann oder der Verleger Götz Kubitschek mit seinem Antaios-Verlag und dem Institut für Staatspolitik die antideokratischen Ideen der Konservativen Revolution, die sich gegen Liberalismus, Internationalismus und Humanismus richteten, vom Anfang der 1920er Jahre in modernisierter Form für die Gegenwart zurichten. Hinter der ethnopluralistischen Camouflage und identitärer Semantik verbirgt sich nicht viel mehr als das Ideenarsenal der Konservativen Revolution der Gegner der ersten deutschen Demokratie.³² Heute sind es Jörg Meuthen und Alexander Dobrindt, die eine Überwindung der rot-grün-versifften Gesellschaft der angeblich herrschenden 68er und eine »konservative Revolution der

träge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 48), Göttingen 2011. Zur Diskussion vgl. die Rezension von Wintgens, Benedikt, in: H-Soz-Kult, 01.11.2011; www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-15803, abgerufen am 6.11.2021.

30 Vgl. Wirsching, Andreas/Kohler, Berthold/Wilhelm, Ulrich (Hg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Bonn 2018.

31 Vgl. Tagungsbericht: Gustav Stresemann – ein deutscher Politiker, 23.03.2001–25.03.2001 Gummersbach, in: H-Soz-Kult, 30.03.2001, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2020. Vgl. Pohl, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, Göttingen 2015; Vgl. die Rezension von Bloch, Max, in: H-Soz-Kult, 18.11.2015, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-23132, abgerufen am 6.11.2021.

32 Vgl. Breuer, Stefan: Anatomie der Konservativen Revolution, 2. durchgesehene und korrigierte Auflage, Darmstadt [1993] 1995.

Bürger«³³ fordern. Letzterem möchte ich allerdings noch zugute halten, dass er im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst hat. Leider kann man nicht mehr sagen: Wehret den Anfängen. Als Historiker müssen wir darüber aufklären, wie es gelungen ist, die Demokratie von Weimar zu zerstören. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt und auch wenn Vergleiche immer asymmetrisch ausfallen, die Geschichte der Novemberrevolution und der Weimarer Republik bietet uns leider viel zu viel Anschauungsmaterial für die politische Kultur der Gegenwart.

33 Vgl. »Dobrindt will »konservative Revolution« unterstützen«, in: Der Tagesspiegel vom 4.10. 2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/csu-landesgruppenchef-dobrindt-will-konservative-revolution-unterstuetzen/20812904.html>, abgerufen am 6.11.2021; zu Meuthen vgl. Köpke, Jörg/Sternberg, Jan: »Der Stuttgarter Rechtsruck«, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3.5.2016, <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/AfD-Parteitag-in-Stuttgart>, abgerufen am 17.12.2021.

